STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2007/046
öffentlich		
Datum 19.04.2007	Aktenzeichen	Federführend: Herr Kienel

Betreff

Budgetbericht Finanzausschuss 1. Quartal 2007

Beratungsfolge Gremium Finanzausschuss	Datum 24.04.2007	Berichterstatter
--	----------------------------	-------------------------

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss nimmt vom vorgelegten Budgetbericht über das 1. Quartal 2007 Kenntnis.

(Dieser Budgetbericht dient als Muster für die vorzulegenden Budgetberichte. Deshalb soll neben der Kenntnisnahme des Inhaltes insbesondere auch die Darstellung (Form und Umfang der Informationen) diskutiert werden.)

Sachverhalt:

Ausgangslage:

Mit der Vorlage 2007/035 hat die Verwaltung dem Hauptausschuss, als für die Entwicklung des Berichtswesens zuständigen Gremiums, ein Budgetbericht für das Budget des Hauptausschusses, Berichtswesen 1. Quartal 2007, vorgelegt.

Neben der Kenntnisnahme der Berichtsinhalte geht es in der Vorlage insbesondere auch um das Berichtsformat, welches der Hauptausschuss in seiner besonderen Funktion in der Struktur des Berichtswesens diskutieren soll.

Nach § 2 der Zuständigkeitsordnung ist der Finanzausschuss u. a. zuständig für übergeordnete finanzwirtschaftliche Angelegenheiten. Im Rahmen dieser Zuständigkeit wird jetzt dem Finanzausschuss ebenfalls das Berichtsformat für die Budgetberichte vorgelegt. Allerdings sind, da verstärkt auf die Form abgestellt wird, die Unterabschnitte, die den Bereich der Zentralen Gebäudewirtschaft darstellen, mit Ausnahme des Unterabschnittes 0355 ausgeblendet. Insgesamt umfasst das Budget des Finanzausschusses im Verwaltungshaushalt 25 Unterabschnitte, davon entfallen neben dem Unterabschnitt 0355 noch weitere 11 Unterabschnitte, in denen 59 Objekte bzw. Liegenschaften dargestellt sind, auf den Bereich der Zentralen Gebäudewirtschaft. In Anbetracht der Tatsache, dass der Schwerpunkt – wie bereits ausgeführt – beim Berichtsformat liegt, ist auf die aufwendige Auswertung dieser Positionen zunächst verzichtet worden. Sofern das Berichtsformat Zustimmung findet, werden die Zentrale Gebäudewirtschaft betreffenden Unterabschnitte

zukünftig in den Budgetberichten für den Finanzausschuss berücksichtigt.

Die Berichtspflicht entsteht im Verwaltungshaushalt, wenn Einnahmen oder Ausgaben auf Unterabschnittsebene nicht dem Regelverlauf (1. Quartal 25 %, 2. Quartal 50 %, 3. Quartal 75 %, 4. Quartal 100 %) entsprechen und um mehr als 20 % vom Regelverlauf abweichen sowie 10.000 € überschreiten. Ausgenommen sind die Personalausgaben.

Für den Vermögenshaushalt entsteht die Berichtspflicht durch Vorliegen zumindest eines der folgenden Kriterien:

- Der Ausgabebedarf übersteigt die verfügbaren Mittel „die veranschlagten Projekteinnahmen können nicht oder nicht vollständig realisiert werden“;
- es sind (*zeitliche*) Störungen in der Umsetzung des Projektes der Maßnahme absehbar und
- das Projekt, die Maßnahme soll überhaupt nicht mehr durchgeführt werden.

Die Berichte erfolgen im 2., 3. und 4. Quartal über die laufende Entwicklung des Budgets und im 1. Quartal rückblickend auf das vorangegangene Haushaltsjahr.

Bericht über den Verwaltungshaushalt:

Im Verwaltungshaushalt ergibt sich für den vorliegenden Berichtszeitraum eine Berichtspflicht für den Ausgabebereich lediglich für den Unterabschnitt 9000 – Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Zulagen. Hier sind zurzeit 71,91 % der vorhandenen Mittel gebunden. Diese Bindung ergibt sich aus für diesen Unterabschnitt typischen Jahresanweisungen für die Auszahlung der Kreis- und Finanzausgleichsumlage. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage beträgt das Anordnungssoll allein rd. 12,7 Mio. € (im Berichtszeitraum 8.359.366,48 €).

Im Einnahmehereich sind die Unterabschnitte 8800 allg. Grundvermögen, unbebauter Grundbesitz und 9000 Steuern allg. Zuweisungen und allg. Umlagen im 1. Quartal berichtspflichtig. Die Abweichung vom Regelverlauf ist für den ersten der genannten Unterabschnitte wieder mit Jahresanweisungen (für Pacht- u- Mieteinnahmen sowie Erbbauzinsen) zu begründen. Der UA 9000 berücksichtigt die vierteljährlichen Vorauszahlungen für die Grund- und Gewerbesteuer, wobei die Sollstellung bereits zum Jahresanfang erfolgt.

Bericht über den Vermögenshaushalt:

Für den Vermögenshaushalt, für den das Vorliegen zumindest eines der oben genannten Kriterien und die Wertgrenze von 50.000 € bzw. 100.000 € bei Baumaßnahmen je Maßnahme HHST. gilt, ergibt sich für dieses Quartal keine Berichtspflicht.

Bürgermeisterin

Anlagen:

Budgetbericht 1/2007 Finanzausschuss